



PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 8. MAI 2019



ANTRAG **LANDESMINDESTLOHN STEIGT AUF 11,13 EURO**

Die Bürgerschaft hat heute auf Initiative der SPD-Fraktion endgültig beschlossen, dass der Landesmindestlohn auf 11,13 Euro angehoben wird. Für die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Böschen, ein absolut richtiger Schritt. „Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem oder ihrem Lohn auch leben können!“, sagte sie am Rande der Bürgerschaftssitzung.

Denn in der Praxis sei es eben oft nicht so, dass der Mindestlohn reicht, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können, ohne auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein, erklärte Böschen. „Eigentlich ist es die Aufgabe der Tarifvertragsparteien, für entsprechende Löhne zu sorgen“, so die Sozialdemokratin weiter. „Wir müssen aber feststellen, dass die Tarifbindung immer weiter abnimmt und nur noch in einem Viertel der Betriebe gilt. Dadurch hat sich die Situation für viele Beschäftigte verschlechtert – und darauf müssen wir reagieren.“

Böschen erinnerte daran, dass Bremen bereits 2012 darauf reagiert und den Landesmindestlohn eingeführt habe. „Und entgegen aller Befürchtungen hat sich der Mindestlohn bewährt und ist überall anerkannt. Natürlich ist die Wirkung eines Mindestlohns auf Landesebene begrenzt. Aber wir wollten vorangehen und Vorbild

sein für andere Länder und den Bund. Und damit hatten wir Erfolg, denn seit 2015 gibt es einen Mindestlohn bundesweit.“

Die Bremer Lohnuntergrenze war bislang an diesen Wert gekoppelt und betrug 9,19 Euro pro Stunde. „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass dieser Betrag zu einem Leben ohne staatliche Unterstützung nicht reicht“, sagte Böschen. Dies ändere sich auch nicht nach der geplanten Erhöhung auf 9,35 Euro pro Stunde im Jahr 2020. „Unser Ziel von 12 Euro Mindestlohn pro Stunde wird auf absehbare Zeit nicht erreicht. Deswegen reagieren wir in Bremen und erhöhen den Landesmindestlohn.“



Sybille Böschen

In einem ersten Schritt seien auch hier 12 Euro nicht zu erreichen gewesen, allerdings sei nun die Anbindung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes der Länder erfolgt. Dies sei ein Erfolg und die richtige Entscheidung, betonte Böschen.

„Wir gehen davon aus, dass wir mit dieser Entscheidung wieder zum Vorreiter werden. Und wir gehen davon aus, dass uns andere Länder und auch der Bund folgen werden“, so Böschen abschließend. „Denn der Landesmindestlohn kann nur eine begrenzte Wirkung entfalten. Unser Ziel ist jedoch klar. Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland einen Lohn erhalten, der auch wirklich zum Leben reicht.“

> Antrag: Viertes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes
http://tiny.cc/mindestlohn_hb



DEBATTE MEHR WOHNRAUM SCHAFFEN – GEGEN STEIGENDE MIETEN

Die Bürgerschaft hat heute die Behandlung mehrerer baupolitischer Anträge zum Anlass genommen, eine ausführliche und grundsätzliche Debatte zum Thema Wohnungsbau zu führen. Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden, Björn Tschöpe, stand dabei fest: „Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit. Deswegen müssen wir in großem Umfang neue Wohnungen schaffen, denn nur so können wir den Anstieg der Mieten begrenzen.“

„Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.“ So steht es in Artikel 14 der Bremer Landesverfassung. Und genau diesen Artikel zitierte Björn Tschöpe in seiner Rede. Als diese Sätze der Verfassung beschlossen wurden, sei dies auch unter dem Eindruck der Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg geschehen, erklärte Tschöpe. Damals sei es darum gegangen, überhaupt Unterkünfte zu schaffen. „Und was folgte, war eine große Aufbauleistung derer, die vor uns gewesen sind“, so der Sozialdemokrat.

Heute sei bezahlbares Wohnen die soziale Frage unserer Zeit, so Tschöpe. „Wenn Menschen keinen bezahlbaren Wohnraum finden, wohnen sie sich arm“, sagte er. In Bremen müssten mittlerweile die Hälfte der Menschen mindestens 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Kaltmiete aufwenden, ein Viertel sogar mehr als 40 Prozent. Der Grund dafür sei klar. „Im Kapitalismus wird eine knappe Ware teurer, und in Bremen haben wir zu wenig Wohnraum“, so Tschöpe. So seien die Mieten in den vergangenen zehn Jahren exorbitant



Björn Tschöpe

mit zusätzlichem Wohnraum, können wir der Mietpreisentwicklung etwas entgegensetzen. Und wenn wir auch noch günstig bauen wollen, müssen wir auch große Flächen unter den Pflug nehmen. Deswegen ist für uns als SPD-Fraktion klar: Wir brauchen mehr, größere und viele Baugebiete.“

Um mehr Wohnraum zu schaffen, gebe es eine Vielzahl von Instrumenten, so Tschöpe weiter. So müssten etwa die Bodenpreise gesenkt werden. Dazu sei ein Paradigmenwechsel hin zur der Vergabe von Grundstücken in Erbpacht ein gutes Mittel. Und dieser Paradigmenwechsel sei durch das Parlament auch schon

gestiegen, die Steigerung liege deutlich über den Zuwächsen bei den Löhnen.

„Die Lösung für dieses Problem ist einfach: Wir müssen bauen, bauen, bauen!“, machte Tschöpe klar. „Nur

eingeleitet worden. Auch bauträgerfreies Bauen solle mehr ermöglicht werden, da es eine entsprechende Nachfrage gebe, sagte Tschöpe. Zudem müsse der soziale Wohnungsbau verstärkt werden. Auch dies sei mit einer Anhebung der Sozialbauquote von 25 auf 30 Prozent auf den Weg gebracht.

Tschöpe betonte aber auch: „Die eine Lösung gibt es nicht. Es gibt Ideen, die einen größeren und welche, die einen kleineren Effekt bringen werden. Diese Ideen müssen wir ausprobieren, denn alles, was in der Lage ist, Wohnraum schnell und günstig zu schaffen, hilft uns. Dabei muss aber klar sein: Alles, was wir ausprobieren, muss auch dabei helfen, die soziale Durchmischung zu fördern und der Segregation entgegenzuwirken.“

Zum Schluss seiner Rede zitierte Tschöpe dann erneut die Landesverfassung, diesmal den zweiten Satz aus Artikel 14 und verband ihn mit einem Appell: „Dort heißt es: ‚Es ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Verwirklichung dieses Anspruchs zu fördern.‘ In diesem Sinne: Lassen Sie es uns anpacken!“



ANTRAG **MASSNAHMEN AUS SCHULKONSENS** SCHNELL UMSETZEN!

Die Bürgerschaft hat sich heute mit einem Beschluss hinter den Bremer Konsens zur Schulentwicklung gestellt, den die Spitzen von SPD, CDU, Grünen und Linken im vergangenen September unterzeichnet hatten. Der Senat soll nun einen Bericht vorlegen, damit die dort vereinbarten Maßnahmen möglichst schnell umgesetzt werden können. „Sowohl der erste Konsens im Jahr 2008 als auch die Fortsetzung ist für die Schulen in Bremen und Bremerhaven immens wichtig“, sagte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör – und übte scharfe Kritik am kurzfristigen Ausstieg der FDP aus dem Konsens.



Mustafa Güngör

„Der Konsens ist wichtig, weil wir uns damit von nicht zielführenden Strukturdebatten verabschiedet haben. Und er ist wichtig, weil damit alle Schulen Planungssicherheit haben und sich voll auf Ihre eigene

Entwicklung konzentrieren können. Ziel war und ist weiterhin die starke Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg zu reduzieren“, sagte Güngör und ergänzte: „Die Maßnahmen, die wir im Konsens verständigt haben, sind eine große Herausforderung für den Senat aber auch für das Parlament. Daher wollen wir mit diesem Antrag auch die zügige Umsetzung unterstützen.“

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende hob in seiner Rede dann einige Punkte aus der Vereinbarung hervor. „Eines der wichtigsten Ziele, die wir gemeinsam haben, ist, die Anzahl der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen, die den Regelstandard erreichen sollen. Dafür ist auch die Arbeit eines Qualitätsinstituts nach Hamburger Modell nötig um die Schulen zu unterstützen, mehr Förderung, vor allem mehr durchgängige Förderung, und auch eine Erweiterung der Lernzeit.“

Auch eine weitere Aufstockung der Ausgaben für den Bildungsbereich sei im

Konsens vereinbart, berichtete Güngör. So sei das Ziel, die Pro-Kopf-Ausgaben pro Schüler auf den Durchschnitt der anderen Stadtstaaten anzuheben. Man gehe davon aus, dass durch die in den vergangenen beiden Jahren bereits erfolgten, deutlichen Aufstockungen die Pro-Kopf-Ausgaben um etwa 500 Euro erhöht worden seien. Um die Ausgaben Hamburgs zu erreichen, seien nach ersten Berechnungen etwa 150 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr nötig. Güngör: „Mit diesen Mitteln lassen sich 105 Prozent Unterrichtsversorgung und die angestrebte Doppelbesetzungen realisieren. Wir brauchen aber auch noch mehr Schulsozialarbeit in den Schulen, denn das ist eine wichtige Unterstützung für die Schulen in Bremen und Bremerhaven.“

Auch die Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren sollen verstärkt werden. „Die Arbeit dort ist die richtige Antwort auf viele individuelle Probleme, dass müssen wir in der Fläche, mit weiteren Standorten und anhand der Fallzahlen mit mehr Ressourcen ausstatten“, betonte Güngör. Auch für diese Einrichtungen solle es, berichtete Güngör, daher eine Zuweisungsrichtlinie geben, die sich als wichtiges Instrument bewährt habe, die Bildungsausgaben anhand der Schüleranzahl und weiterer Kriterien anzupassen und Transparenz zu schaffen. Daher soll sie bedarfsorientiert weiterentwickelt werden – ebenso wie der Entwicklungsplan Inklusion, der mit allen Beteiligten und mit Hilfe von Experten schulartenspezifisch fortgeschrieben werden sollte.

Scharfe Kritik übte Güngör in seiner Rede am Verhalten der FDP, die den Konsens mitverhandelt hatte, um dann kurz vor der Unterzeichnung noch auszusteigen. Als er in der letzten Sitzung der Runde, die den Konsens-Text fachlich erarbeitet hatte, in die Runde gefragt habe, ob alle damit einverstanden seien, habe auch die FDP zugestimmt, sagte Güngör. „Wenn Sie, liebe FDP-Vertreter, an dem Tag den Text fachlich richtig fanden, dann ist es einfach, um mal in Ihrer Sprache zu bleiben, ‚mega peinlich‘, dass sie heute mit einem Antrag kommen, der das Ergebnis einen ‚Minimalkonsens‘ nennt“ kritisierte er und sagte zu dessen Inhalt selbst: „Ihr Antrag würde die Schullandschaft in Bremen und Bremerhaven spalten und ist in Teilen eine Programmatik der 80-er- und 90-er-Jahre. Für ein solches System wird es hoffentlich nie eine Mehrheit in diesem Parlament geben.“

„Lassen Sie uns weiter gemeinsam an der Verbesserung der Schulen arbeiten“, appellierte Güngör abschließend an die anderen Fraktionen. „Die zügige Umsetzung der Maßnahmen, die wir im Konsens beschlossen haben, und vor allem die Bereitstellung der finanziellen Mittel werden eine große Aufgabe bleiben. Und die SPD-Fraktion bleibt dabei ein verlässlicher Partner.“

> Antrag:Verabredungen des Bremer Konsenses zur Schulentwicklung müssen schnellstmöglich Realität werden
http://tiny.cc/konsens_umsetzen